

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Schulz, Joana Cotar,
Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/19742 –**

Strategiepapier des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat mit dem Titel „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“

Vorbemerkung der Fragesteller

Anfang April 2020 berichteten verschiedene deutsche Medien von einem aus dem Bundesinnenministerium stammenden Strategiepapier mit dem Titel „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“ (https://www.focus.de/politik/deutschland/aus-dem-innenministerium-wie-sag-ichs-den-leuten-internes-papier-empfehl-den-deutschen-angst-zu-machen_id_11851227.html).

Dieses Papier, das mittlerweile durch das Internetportal „fragdenstaat.de“ veröffentlicht wurde, schlägt verschiedene Maßnahmen zum Umgang mit der Corona-Krise vor (<https://fragdenstaat.de/blog/2020/04/01/strategiepapier-des-innenministeriums-corona-szenarien/>). Neben der Beschreibung eines „Worst Case“-Szenarios, welches von mehr als 1 Million Todesfällen ausgeht, werden verschiedene gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen beschrieben und entsprechende politische Maßnahmen abgeleitet. Aus Sicht der Fragesteller besonders fragwürdig sind die Vorschläge des Papiers, in welcher Art die Bevölkerung auf die Folgen eines „Worst Case“-Szenarios hingewiesen werden soll. So sei eine „Schockwirkung“ (ebd.) gewünscht, um die konkreten Auswirkungen einer Durchseuchung auf die menschliche Gesellschaft zu verdeutlichen. Dabei werden verschiedene Beispielszenarien angeführt, die unter anderem auch konkret Kinder ansprechen, und diese „schocken“ sollen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Das in Frage stehende Szenariopapier ist am 8. April 2020 dem Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages übersandt und im Nachgang auf der Internetseite des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) veröffentlicht worden. Die Bundesregierung hat bereits umfassend auf eine Kleine Anfrage der Fraktion AfD zum Corona-Szenariopapier „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“ geantwortet (Bundestagsdrucksache 19/19459). Auf die Antwort wird verwiesen.

1. Durch wen wurde die Erstellung des Corona-Strategiepapiers „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“ (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) veranlasst?
2. Wann wurde die Erstellung des Strategiepapiers veranlasst?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung ist in ständigem Austausch mit Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen zu den Folgen der COVID-19-Pandemie. Die Entwicklung des Papiers ist aus einem fachlichen Dialog zwischen dem BMI und verschiedenen Wissenschaftlern entstanden und auf Initiative der Wissenschaftler erfolgt. Im Übrigen verweist die Bundesregierung auf ihre Vorbemerkung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/19459.

3. Welche Personen aus welchen Behörden und Organisationen haben an der Erstellung des Papiers mitgearbeitet?

Folgende Mitautoren haben jeweils unterschiedliche Abschnitte des Szenarienspapiers erarbeitet:

- Prof. Dr. Boris Augurzky, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
- Dr. Hubertus Bardt, Institut der Wirtschaft Köln
- Prof. Dr. Heinz Bude, Uni Kassel
- Roland Döhrn, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
- Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der Wirtschaft Köln
- Otto Kölbl, Universität Lausanne
- Dr. Maximilian Mayer, The University of Nottingham China (UNNC)
- Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

4. Welche Anforderungen bezüglich der Qualifikation der Ersteller des Papiers gab es?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 wird verwiesen.

5. Welche konkrete Zielsetzung lag dem Strategiepapier zugrunde?
6. In welchem Umfang wurden die vorgeschlagenen Maßnahmen des Strategiepapiers durch die Bundesregierung umgesetzt?

Die Fragen 5 und 6 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 14 des Abgeordneten Johannes Huber auf Bundestagsdrucksache 19/18770 wird verwiesen.

7. Welche Vorteile sieht die Bundesregierung in der Strategie, dass Behörden eine „Schockwirkung“ (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) erzielen müssten, im Vergleich zu Vorgehensweisen anderer Regierungen, die weniger auf eine „Schockwirkung“, sondern auf Informationen setzen?
8. Hält die Bundesregierung grundsätzlich die Erzeugung von Angst (vgl. die Verwendung des Begriffes „Schockwirkung“, siehe Vorbemerkung der Fragesteller) in der Bevölkerung für ein geeignetes Mittel, um die Menschen für bestimmte Sachverhalte oder Situationen zu sensibilisieren?

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Abschnitt des Szenarienspezialpapiers auf den die Frage Bezug nimmt, spiegelt die Ansicht des verantwortlichen Mitautors und nicht die der Bundesregierung wieder. Ein Szenarienspezialpapier beschreibt dem Charakter nach mögliche und fachlich begründbare Szenarien auf der Basis von Fakten und enthält weder Wertungen noch Empfehlungen. Das Szenarienspezialpapier ist eines von vielen wissenschaftlichen Papieren zur COVID-19-Pandemie, das die Bundesregierung zur Kenntnis genommen, aber sich nicht zu eigen gemacht hat. Die Bundesregierung hat die Bevölkerung während der COVID-19-Pandemie stets faktenbasiert, sachlich und transparent informiert.

9. Welche faktische Grundlage hat die Annahme des Papiers, viele Menschen hätten bezüglich der Fallsterblichkeitsrate von Corona die Denkweise: „Naja, so werden wir die Alten los, die unsere Wirtschaft nach unten ziehen, wir sind sowieso schon zu viele auf der Erde, und mit ein bisschen Glück erbe ich so schon ein bisschen früher“ (wörtliches Zitat in der auf <https://fragdenstaat.de/blog/2020/04/01/strategiepapier-des-innenministeriums-corona-szenarien/> verlinkten Studie, dort S. 13)?

Der Abschnitt des Szenarienspezialpapiers auf den die Frage Bezug nimmt, spiegelt die Ansicht des Mitautors und nicht die der Bundesregierung wieder. Die Bundesregierung hat keine Kenntnis zu den faktischen Grundlagen der Annahmen der Mitautoren.

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die These des Papiers, dass längerfristig der Einsatz von Big Data und Location Tracking unumgänglich sei (vgl. entsprechendes Zitat auf <https://fragdenstaat.de/blog/2020/04/01/strategiepapier-des-innenministeriums-corona-szenarien/>)?

Der Abschnitt des Szenarienspezialpapiers auf den die Frage Bezug nimmt, spiegelt die Ansicht des Mitautors und nicht die der Bundesregierung wieder. Die Bundesregierung hat sich mit der Einführung der Corona-Warn-App gegen die Verwendung von Big Data und Location Tracking zur Identifizierung von COVID-19-Erkrankten entschieden.

